



***Es gilt das gesprochene Wort.***

**Sperrfrist: 25.04.18, 18.00 Uhr!**

**Rede von  
Dr. Gerhard F. Braun**

**Präsident der Landesvereinigung  
Unternehmerverbände  
Rheinland-Pfalz (LVU)**

**auf dem  
LVU-Unternehmertag 2018**

**am 25. April 2018**

**im Kurfürstlichen Schloss  
zu Mainz**

„*Bad news are good news*“: Nachrichten über Krisen, Kriege und Katastrophen verkaufen sich nun mal besser als gute Nachrichten. So gesehen herrschen für Wirtschaftsjournalisten gerade ganz schlechte Zeiten.

Denn wirtschaftlich geht es uns gut. Sehr gut sogar. Das gilt für Deutschland, das gilt aber auch für Rheinland-Pfalz. Die Zahlen sind auch sehr erfreulich. Mit einem Wachstum von 2,5% liegt das Land sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt. In den vergangenen Jahren war das in der Mehrzahl der Jahre anders. Umso mehr freut uns, wenn wir jetzt mal das Gegenteil feststellen dürfen.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen hat einen neuen Höchststand erreicht. Auch wenn die Dynamik hier geringer ausfiel als im Bund.

Vielleicht erinnern Sie sich: Auf dem vergangenen Unternehmer-Tag habe ich von der Politik gefordert: „Mehr Wirtschaft wagen.“ Das war vornehmlich bezogen auf die Bundesregierung, aber auch auf die Landespolitik.

Angesichts der Zahlen mögen Sie jetzt denken: „Ah, da hat die Politik wohl auf die LVU gehört.“ Tja, schön wäre es.

Der aktuelle Boom hat drei spezielle Gründe.

Erstens: die Nullzinspolitik der EZB. Für die Konjunktur in Deutschland sind die Zinsen viel zu niedrig.

Zweitens: Die Weltwirtschaft und die Eurozone erholen sich auf breiter Front. Das nutzt natürlich Deutschland und Rheinland-Pfalz.

Zur Erinnerung: Fast 56 % der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren geht ins Ausland. Deutschlandweit sind es 50 %.

Und Drittens: Unser Aufschwung nährt sich ein Stück weit selbst. So sorgt die Rekordbeschäftigung für eine hohe inländische Nachfrage. Gleichzeitig konnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung seit 2005 deutlich gesenkt werden. Das verringert die Arbeitskosten und beflügelt zusätzlich den Jobboom.

Rückenwind aus der Politik verspüren wir hingegen kaum. Ganz im Gegenteil.

Die jüngsten Meldungen aus dem Arbeitsministerium in Berlin deuten auf eine weitere Einschränkung unternehmerischer Handlungsfähigkeit. Dazu nachher mehr.

In Berlin war man monatelang mit sich selbst beschäftigt: in Koalitionsverhandlungen, auf dem Balkon rauchend und twitternd.

Doch das Jamaika Experiment kam bekanntlich über das Sondieren nicht hinaus. Ich bin unsicher ob ich sagen soll: Jamaika blieb uns „erspart“ oder wir haben mit Jamaika Chancen „verpasst“?

Wenn ich auf das schaue, was die Sondierer im Bereich der Klima-, Umwelt-, Handels- und Industriepolitik vorhatten, bin ich über das Scheitern nicht unglücklich. Das Scheitern hat uns so einige Neurosen und Fantastereien der Grünen erspart.

Bei Neurosen denke ich beispielsweise an die ideologisch aufgeladene Abwehrhaltung gegenüber dem Freihandel und Freihandelsverträgen. Bei Fantastereien denke ich an die Klima- und Umweltpolitik der Grünen.

Kurz: Die Umsetzung vieler Jamaika-Pläne hätte unsere Industrie, die im harten internationalen Wettbewerb steht, weitere unnötige Belastungen aufgebürdet. Die entsprechenden Kapitel im schwarz-roten Koalitionsvertrag dagegen zeugen von mehr Realismus.

Zu einem der Pluspunkte der Großen Koalition zählt aus Sicht der Wirtschaft auch die geplante steuerliche Forschungsförderung. Sie ist in fast allen europäischen Nachbarstaaten längst Normalität und könnte auch unsere Innovationskraft beflügeln. Leider hat Schwarz-Rot dabei bisher nur KMU im Blick. Das ist aus unserer Sicht viel zu eng gefasst.

Wir bauen daher auf das Gesetzgebungsverfahren und wünschen uns dabei, daß Rheinland-Pfalz im Bundesrat auf eine entsprechende Regelung hinwirkt. Das Land hatte ja bereits im Jahr 2016 eine Bundesratsinitiative zur steuerlichen Forschungsförderung unterstützt. Dabei hatte sich Minister Wissing richtigerweise für eine entsprechende Förderung ALLER Unternehmen ausgesprochen.

Im Bereich Arbeit & Soziales zahlt die Wirtschaft für die Große Koalition jedoch einen hohen Preis. Auf Details will ich an dieser Stelle nicht eingehen, da hierzu anschließend BDA-Präsident Kramer konkretes sagen wird.

Nein, von „Mehr Wirtschaft wagen“ kann ich in Berlin nichts erkennen.

Und im Land?

Zwei Jahre ist die Ampelkoalition nun im Amt. Ich will ausdrücklich betonen, dass vieles aus unserer Sicht sich in die richtige Richtung bewegt. Die guten Wirtschaftszahlen hatte ich schon genannt. Als ein positives Beispiel für Regierungshandeln will ich die MINT-Förderung nennen.

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sind Schlüsseldisziplinen für unsere wissensbasierte und technologiestarke Wirtschaft im Land. Frau Bildungsministerin Hubig, Sie haben hier einen richtigen und wichtigen Schwerpunkt gesetzt. Wir und unsere Mitgliedsverbände unterstützen Sie dabei tatkräftig, Frau Ministerin!

Nennen will ich in diesem Zusammenhang auch die verbesserte Berufs- und Studienorientierung. Diese ist ein wichtiger Beitrag, um die Zahl der Studien- und Ausbildungsabbrecher zu reduzieren.

Prinzipiell richtig ist auch der Schwerpunkt Digitalisierung, den die Landesregierung gesetzt hat. Im vergangenen Jahr habe ich mit Blick auf die Digitalisierung gefragt, ob und wie es der Landesregierung gelingt, aus den vielen losen Enden ein starkes Seil zu knüpfen.

Gestern hat dazu die Landesregierung ihre „Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz“ vorgestellt. Unter Strategie verstehen wir in der Wirtschaft ein System von Zielen und daraus abgeleiteten Maßnahmen. Die Strategie der Landesregierung beschreibt dagegen, wie die einzelnen Ressorts ihre jeweiligen Teilstrategien erstellen.

Wir bieten der Landesregierung an, uns in die Erstellung der Teilstrategien einzubringen. Auf was würden wir dabei achten?

Im Kapitel Wirtschaft müssen wir das Augenmerk auf die Industrie richten. Der Industrie kommt bei der Digitalisierung eine Schlüsselrolle zu: Sie ist Anbieter und wichtiger Kunde („Industrie 4.0“) gleichzeitig.

Im Themenbereich „Arbeit“ müssen wir darauf hinwirken, dass unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ nicht einfach im Sinne der Gewerkschaft reguliert wird. Die Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit nicht einschränken, sondern stärken.

Im Bereich „Breitband“ kommt es darauf an, dass die Versorgung von Gewerbe- und Industriegebieten Priorität erhält. Hier liegt RLP deutschlandweit auf den hinteren Plätzen.

Insgesamt geht der Breitbandausbau zu schleppend voran.

Wie immer die Strategie später aussehen mag: es wird keine Industrie 4.0, kein „*digital farming*“, kein autonomes Fahren und kein smartes Haus ohne sehr große Bandbreiten in der Datenübermittlung geben.

Dass Rheinland-Pfalz mit seiner ländlichen Struktur hier vor besonderen Herausforderungen steht, weiß ich. Umso mehr muss es Ansporn sein für beherzteres Handeln.

Verbesserungen erkennen wir ebenfalls bei der Verkehrsinfrastruktur: Erhöhungen, wenn auch moderat, des Verkehrsetats und mehr Anmeldungen für Bundesmitteln. Als Nadelöhr erweisen sich aber unzureichende Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Mobilität, die allerdings durch Einstellung von Ingenieuren reduziert werden konnten.

Für die Baustellen brauchen präzise Echtzeit-Verkehrsinformationen und ein besseres Management, um die Verkehrsbeeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Auch die Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten gestaltet sich viel zu langwierig! Sowohl die produzierenden Unternehmen als auch die Logistiker sehen sich mit einer Kleinstaaterei konfrontiert, die an das Zollwesen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation erinnert.

Wir haben daher das persönliche Gespräch mit Ihnen, Herr Minister Wissing und Herr Staatssekretär Becht, gesucht. Ihr Ziel – sowie das Ihrer Verkehrsministerkollegen – muss sein, die Genehmigungsverfahren deutlich zu verkürzen.

An zu vielen Stellen verliert sich die Ampelkoalition im Klein-Klein. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele.

Erstens: Das Integrationsministerium hat ein „Handbuch zum Landesgleichstellungsgesetz“ veröffentlicht. Hier geht es unter anderem um die Benennung von Gremienmitgliedern, die diese Tätigkeit ehrenamtlich ausführen. Gesetz und Handbuch sehen ein Doppelbenennungsverfahren vor, um das Gesamtgremium paritätisch zu besetzen.

Das muss man sich in der Praxis mal vorstellen: Wir müssten nicht nur fachlich geeignete Personen aus unseren Mitgliedsverbänden und deren Mitgliedsunternehmen ausfindig machen und motivieren, sondern immer gleichzeitig sagen: „Es freut uns, wenn Sie sich engagieren wollen. Mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit gehen Sie aber bei der anstehenden Ehrenamtslotterie leer aus.“

Wie stellt sich die Integrationsministerin das eigentlich vor?

Dieses Verfahren ist schlicht realitätsfremd!

Und ich frage mich, haben wir eigentlich keine dringendere Probleme zu lösen als die Genderisierung von Gremien?

Zweites Beispiel für das Klein-Klein: Die Liste mit Beiräten, Kommissionen, Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen wird immer länger. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Natürlich soll und muss die Landesregierung gesellschaftlich relevante Gruppen und Interessenverbände in ihre Willensbildung einbeziehen.

Gerade dafür wurde ja die LVU vor mehr als 50 Jahren gegründet: als zentraler Ansprechpartner für Regierung, Parlament und Parteien für Fragen der Wirtschaft. Doch die Vielzahl an Gremien der Landesregierung lässt bei mir die Zweifel wachsen, ob all diese Aktivitäten zielgerichtet und stringent sind.

Auch dazu ein konkretes Beispiel: Das Arbeitsministerium hat unter dem Stichwort Arbeit 4.0 einen Beleidigungsprozess ins Leben gerufen. Wozu? Die Gesetzgebungskompetenz liegt hier eindeutig beim Bund. Die vier Themenkonferenzen waren ein buntes Wünsch-Dir-Was mit anschließender Abstimmung per App.

Das ist die Simulation demokratischer Beteiligungsprozesse.

Was wir brauchen, ist ein echter, persönlicher Austausch – wir wollen uns nicht hinter mobilen Endgeräten verstecken. Lassen Sie mich abschließend auf die Rolle des Wirtschaftsministeriums und des Wirtschaftsministers zu sprechen kommen.

Wie Sie sich vielleicht noch erinnern, habe ich auf dem Unternehmer-Tag 2015 den Wunsch geäußert, dass wieder eine liberale Partei ins Parlament einziehen möge. Dieser Wunsch ging in Erfüllung. Und nicht nur das: Die FDP hat sogar Regierungsverantwortung übernommen.

Mit der Erfahrung der gescheiterten Jamaika-Sondierungen ziehe ich hiervor ausdrücklich meinen Hut: Gut, dass Herr Wissing in den Koalitionsverhandlungen nicht den Raum verlassen hat und stattdessen den Mut fand, Verantwortung zu übernehmen.

Zum mutigen Regieren als Wirtschaftsminister gehört, zu marktwirtschaftlichen Überzeugungen zu stehen: in der Öffentlichkeit, in der Koalition und im Kabinett.

Es muss das Prinzip gelten: Gute Wirtschaftsminister nerven!

Sie nerven jene, die meinen, dass der Staat im Zweifel der bessere Unternehmer ist.

Gute Wirtschaftsminister nerven jene, die glauben, dass Umverteilung vor dem Erwirtschaften kommt.

Gute Wirtschaftsminister nerven auch jene, die die Tarifautonomie nicht achten.

Lassen Sie mich dazu ein aktuelles Beispiel geben. Die Ministerpräsidentin hat kürzlich im Konzert mit anderen ein „solidarisches Grundeinkommen“ gefordert. Allen erwerbsfähigen Arbeitslosen soll eine „soziale“ Beschäftigung auf Mindestlohniveau angeboten werden.

Arbeitsmarktpolitisch wäre das die Rückkehr zu den gescheiterten ABM. Wie zu den unseligen ABM-Zeiten würden Arbeitslose auf diesem dritten Arbeitsmarkt geparkt.

Ihre Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt würde erschwert. Aber genau das muss das eigentliche Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein!

Ich denke aber, dass diese Vorschläge sowieso wenig mit ernsthafter Arbeitsmarktpolitik zu tun haben. Erklärtes Ziel ist ja, nebenbei, „Hartz IV“ abzuschaffen. Es geht hier also um das Agenda-2010-Trauma der SPD, nicht um Arbeitsmarktpolitik.

In diesem Sinne möchte ich Sie, Herr Minister Wissing, ausdrücklich ermuntern, in solchen Fällen einfach mal zu nerven.

Unsere Unterstützung haben Sie dabei!

Denn unsere Demokratie lebt von solchen Auseinandersetzungen, vom Streit um die bessere Lösung. Unterschiedliche Meinungen und Interessengegensätze zueinander zu bringen sind ja gerade der Grund dafür, dass wir uns demokratisch, offen und pluralistisch organisieren.

Die respektvolle und faire Auseinandersetzung ist daher auch das Elixier unserer Staatsform und unserer offenen Gesellschaft.

Umso mehr freue ich mich auf die Rede von unserer Ministerpräsidentin.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort!